

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die **öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Osterholz** am

Montag, den 16.10. 2017 um 18.30 Uhr

im Ortsamt Osterholz, Sitzungssaal, Osterholzer Heerstraße 100, 28325 Bremen

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr Sitzungsende: 21:00 Uhr

TeilnehmerInnen:

Herr Barth	
Frau Bohling	entschuldigt
Herr Conreder	
Frau Contu	Protokollführung
Herr Dillmann	
Frau Fischer	entschuldigt
Frau Haase	
Herr Haase	Beiratssprecher
Herr Hohn	
Herr Kaul	
Herr Last	
Herr Massmann	entschuldigt
Frau Osterhorn	
Frau Pfeiffer	
Herr Dr. Restat	
Frau Sauer	
Herr Schlüter	Sitzungsleitung
Herr Sporleder	
Frau Uysun	
Herr Uysun	entschuldigt

Gäste:

Frau Wohltmann, plan-werkstadt (Klimaschutz durch Radverkehr)

Die Tagesordnung wurde wie folgt beschlossen:

1. Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom 28.08.2017 (ca. 5 Min.)
2. Wünsche und Anregungen der Bürger (ca. 10 Min.)
3. Vorstellung des Projektes „Klimaschutz durch Radverkehr“
Stärkung der Nahmobilität im sozial- ökologischen Stiftungsdorf Ellener Hof (ca. 30 Min.)
4. Geplantes Windrad am Bultensee (Tenever)
Perspektiven nach Rechtsberatung durch einen Rechtsanwalt, Sachstand durch Beiratssprecher
Wolfgang Haase und Beiratsmitglied Horst Massmann (ca. 10 Min.)
5. Sachstand Nahversorgung in Tenever
Darstellung Herr Schlüter (ca. 10 Min.)
6. Anträge; u.a. (ca. 10 Min.)
Globalmittelantrag BORIS
7. Mitteilungen des Ortsamtes (ca. 5 Min.)

TOP 0. Beschluss zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie oben aufgeführt beschlossen.

Zu TOP 1: Genehmigung des Sitzungsprotokolles vom 28.08.2017

Das Protokoll wurde mit folgenden Änderungen genehmigt.

- Unter TOP 5 wird nur „Die LINKE“ genannt. Es soll bitte aufgeführt werden, welcher Vertreter der Partei die Aussagen getroffen hat. Für zukünftige Sitzungen wird darum gebeten, bei Äußerungen von Parteivertretern grundsätzlich immer den Namen zu nennen, auch wenn der Vertreter für seine Fraktion spricht. Das Thema soll im KO-Ausschuss am 18.10.2017 besprochen werden.
- Der Beschluss zu TOP 5 wurde im Protokoll zwar korrekt wiedergegeben, im Beschluss selbst jedoch versehentlich als einheitlich aufgeführt. Er war jedoch nur mehrheitlich. Der Beschluss soll korrigiert und neu versandt werden.

Zu TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Kunold (Quartiersmanager Blockdiek) berichtet vom Nachbereitungstreffen des Tages der Bewegung. Er schlägt vor, einen Platz der Anlage Blockdiek zu einem punktspielfähigen Kunstrasenplatz umzubauen. Dadurch wäre auch bei länger anhaltendem schlechten Wetter gewährleistet, dass wenigstens ein Platz genutzt werden könnte. Frau Sauer (CDU) schlägt vor, das Thema im Fachausschuss Inneres und Sport zu besprechen. Die stv. Sprecherin des Ausschusses soll einen Beschluss formulieren. Herr Sporleder (CDU) schlägt vor, das Thema evtl. am 19.10.2017 im „kleinen“ Bauausschuss zu besprechen und zu überlegen, ob eine Summe aus dem Budget des Ausschusses hinzugegeben werden kann. Herr Schlüter (OA) erklärt, dass ein Übertragen einer Summe aus dem Bau- in das Sportbudget wohl eher nicht möglich sei. Herr Dillmann (Grüne) stimmt dieser Aussage zu und trägt vor, dass generell die Zukunft des Sportpark Blockdiek behandelt werden müsse. Er fragt nach dem aktuellen Stand der in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie. Frau Osterhorn (SPD) berichtet, dass der FA Sport leider in letzter Zeit nicht zum Runden Tisch Sport eingeladen wurde. Das Papier von Herrn Kunold solle man entweder im FA Sport besprechen oder diesen zum Runden Tisch einladen. Frau Sauer (CDU) fragt noch einmal nach dem Vorliegen der Machbarkeitsstudie. Der Umbau des Sportplatzes sei bisher nicht vorgenommen worden, weil auf diese Studie gewartet wurde. Sie verweist auf einen Artikel des Weser- Kuriere vom 05.10.2017, der an den Beirat vom Ortsamt versandt wurde. Offenbar haben alle Beiräte Probleme mit dem Budget. Man solle dieses daher auch für Osterholz besprechen. Herr Hunold (QM) erklärt, dass ihm nicht bekannt sei, ob die Studie schon vorläge. Herr Schlüter (OA) erklärt, Frau Frank, die für die Studie verantwortlich sei, sei zu einer Sitzung eingeladen gewesen, habe aber nicht teilgenommen. Vielleicht könnte man in einer der nächsten Beiratssitzungen den Schwerpunkt auf die Blockdieker Themen legen und diese als Schwerpunkt für die Sitzung nehmen. Es solle eine Antwort von Frau Frank angefordert und das Thema am 17.10.2017 im Ko-Ausschuss besprochen werden.

Herr Haase (SPD) weist auf die Eröffnung der Kulturaula hin und hofft, dass es gelingen wird, die Einrichtung populärer zu machen.

Aus dem Publikum kommt die Frage nach dem Abriss der Ladenzeile an der Lausanner Straße. Herr Haase (SPD) erklärt, dass ihm auch schon aufgefallen sei, dass das Dach einiger Gebäude nicht mehr sicher sei. Herr Schlüter erklärt, dass die Frage an das Bauordnungsamt weitergegeben werden solle. Im Bauausschuss wurde noch keine Abrissgenehmigung besprochen. Aus dem Publikum kommt der Hinweis, dass die Gebäude mittlerweile sehr gefährlich seien, da sie insgesamt baufällig seien. Der Eigentümer sei wohl unbekannt. Es sei mal ein Zahnarzt gewesen. Das Gebäude sei weiterverkauft worden, man wisse jedoch nicht genau, an wen.

Aus dem Publikum kommt die Frage nach der Lärmbelästigung durch die A 27. Es wird gefragt, ob andere Anwohner sich ebenfalls beschwert hätten und ob eventuell eine Verkehrsberuhigung auf der Autobahn zumindest zur Nachtzeit möglich sei. Herr Schlüter (OA) erklärt, dass es bisher keine Beschwerden zu

diesem Thema gegeben habe und dass das Thema eventuell im Bauausschuss besprochen werden könnte. Die Anwohnerin erklärt, dass es um die Lausanner Straße ginge. Dort seien die Bäume weggenommen worden. Ob dem Ortsamt oder dem Beirat Dezibelzahlen bekannt seien. Sie habe hierzu bereits dem ASV geschrieben und auch eine Antwort erhalten. Sie wird das Schreiben dem Ortsamt zuleiten. Herr Dillmann (Grüne) erklärt, dass das Thema dann im Bauausschuss behandelt werden solle. Aus dem Publikum kommt die Frage nach dem „Konzept 2025“, wonach der sechsspurige Ausbau der A27 stattfinden solle.

Herr Conreder (CDU) erklärt, dass auch im Grenzwehr das Tempolimit nicht eingehalten würde. Herr Dunker (Polizei Osterholz) erklärt, dass häufig eine Differenz zwischen gefühltem und gemessenem Tempo bestehe. Er bietet an, dort in Anwesenheit Interessierter noch einmal Tempomessungen durchzuführen. Aus dem Publikum kommt die Frage nach dem Parkverbot für LKW ebenfalls in der Lausanner Straße. Herr Schlüter (OA) erklärt, dass es hierzu keine Neuigkeiten gäbe. Das Thema wird weiter verfolgt. Herr Sporleder erklärt, dass die Frage seinerzeit bereits an Herrn Biese (Polizei) weitergegeben wurde.

Zu TOP 3: Vorstellung des Projektes „Klimaschutz durch Radverkehr“ Stärkung der Nahmobilität im sozial- ökologischen Stiftungsdorf Ellener Hof

Frau Wohltmann (Büro plan-Werkstadt) berichtet vom Bundeswettbewerb „Klimaschutz durch Radverkehr“ an dem ihr Büro mit einem Konzept für den Ellener Hof teilnimmt (PowerPoint-Präsentation wird zugesandt). Der Antrag wurde mit Unterstützung des Bauausschusses sehr kurzfristig im Mai 2017 gestellt. Mittlerweile habe im Wettbewerb die zweite Stufe erreicht. Es gäbe allerdings noch keine neue Entscheidung über das weitere Weiterkommen.

Frau Worthmann weist daraufhin, dass es sich nicht um ein Projekt, sondern um einen Förderantrag handelt. Wichtig ist die konkrete Machbarkeit. Alle Maßnahmen, die sie vorstellt, sollen umgesetzt werden, wenn das gesamte Vorhaben gewinnt und umgesetzt wird. Es dürfen allerdings keine Regelaufgaben der Kommunen übernommen werden, sondern nur Zusatzaufgaben. Es dürfen z.B. keine bereits bestehenden Radwegen saniert werden, sondern nur neue gebaut, die die Stadt nicht ohnehin selbst bauen würde. Frau Worthmann schildert die einzelnen Punkte. Insofern wird auf die gehaltene Präsentation verwiesen. Weitere Informationen können der Seite <https://www.klimaschutz.de/radverkehr> entnommen werden.

Herr Bart (CDU) fragt, inwiefern der Aufbau der Kreuzung Ludwig- Roselius-Alle so geschehen könne, wie im Konzept geschildert. Frau Worthmann erklärt, dass es sich bei den Angaben zunächst um eine Art „Platzhalter“ handele. Der genaue Ausbau müsse dann noch besprochen werden.

Herr Dillmann (Grüne) erklärt, dass konkrete Pläne später sicher im Bauausschuss diskutiert würden.

Herr Sporleder (CDU) erklärt noch einmal, warum im Mai so schnell gehandelt werden musste und der Bauausschuss selbst über die Unterstützung des Vorhabens entschieden hatte. Da die Fristen sehr kurzfristig gesetzt waren, war für eine weitere Besprechung im Beirat keine Zeit.

Herr Haase (SPD) betont die Bedeutung und die Chancen des Vorhabens für Osterholz. Das Vorhaben kann einen deutlichen Fortschritt bedeuten und viel für das Radfahren tun.

Aus dem Publikum kommt die Anmerkung, dass das Vorhaben zwar gut klinge, dass der Umstieg auf den ÖPNV aber schwierig sei im Hinblick ständig steigender Preise, so dass vermutlich doch weiterhin das Auto das erste Verkehrsmittel für viele Anwohner sei. Frau Wohltmann erklärt, dass in dem Wettbewerb vorrangig die Rahmenbedingungen für den Radverkehr bearbeitet würden. Die Kosten des ÖPNV könnten nicht mit einbezogen werden.

Aus dem Publikum kommt die Frage, ob es auch Verkehrserziehung geben würde. Frau Wohltmann erklärt, dass dieses unter dem 11. Punkt Öffentlichkeitsarbeit durchaus möglich und geplant sei. Hierzu gäbe es eventuell auch noch ein paralleles Projekt zur Bildungsarbeit und Information (sof. „weiche Maßnahmen“).

Die Schulleitung der GWO weist aus dem Publikum darauf hin, dass alle Grundschüler in der vierten Klasse einen Fahrradführerschein machen.

Herr Haase (SPD) erkundigt sich nach der zeitlichen Planung. Frau Wohltmann erklärt, dass, wenn das Vorhaben im Wettbewerb gewinnt, alles sehr schnell gehen müsste. Die Entscheidung sei für den Mai 2018 zu erwarten. Die Gelder müssten dann bis Ende 2020 verbaut sein.

Herr Hohn (CDU) fragt, was bei einer Absage passieren würde und ob es dann eine Alternative für den Ellener Hof gäbe. Frau Wohltmann erklärt, dass dann ebenfalls gebaut werden soll, aber in einem geringeren Umfang.

Frau Sauer (CDU) fragt nach der Zahl der Mitbewerber. Frau Wohltmann erklärt, dass es zu Beginn ungefähr 73 Mitbewerber gegeben habe. Eine aktuelle Anzahl sei nicht bekannt.

Aus dem Publikum kommt die Frage, was passieren würde, wenn die Baumaßnahmen teurer würden, als das bisher geplante Volumen von 2,5 Mio. Euro und ob der Rest dann aus Steuern finanziert würde. Frau Wohltmann erklärt, dass das Vorhaben nicht teurer werden dürfe.

Herr Schlüter (OA) erwähnt, dass im Notfall eventuell ein Rest aus dem Stadtteilbudget getragen werden könnte.

Zehn Minuten Pause

Zu TOP 4: Geplantes Windrad am Bultensee (Tenever) Perspektiven nach Rechtsberatung durch einen Rechtsanwalt, Sachstand durch Beiratssprecher Wolfgang Haase

Herr Haase (SPD) berichtet vom Beratungsgespräch beim Rechtsanwalt Dr. Reich.

Nach der Aussage des Anwalts hätte ein Beiratsbeschluss keine aufschiebende Wirkung. Das Verfahren nach dem BlmschG laufe über die Gewerbeaufsicht. Der Beirat könnte eine vorläufige Unter- Schutz- Stellung beantragen. Dieses würde weiter verfolgt. In einem Gespräch mit der Gemeinde Oyten habe diese erklärt, auf der Seite von Osterholz zu stehen. Oyten habe den Bau der Anlage auch abgelehnt. Die Erschließungsstraße sei genehmigt worden. Diese habe Oyten nicht verhindern können.

Die Möglichkeiten des Beirates seien nunmehr der Antrag auf eine einstweilige Sicherstellung nach BNatSchG und BremNatSchG. Der Antrag sei zur Überprüfung an den Anwalt gegeben worden. Dieser habe noch ein wenig umformuliert und den Naturschutz vor den Schutz der Anwohner gesetzt. Nach Aussage des Anwalts handele es sich um ein „faktisches Naturschutzgebiet“. Die Grenzziehung sei willkürlich geschehen. Die zu schützenden Vögel würden sich auf beiden Seiten der Grenze aufhalten und seien auf beiden Seiten schützenswert.

Die Voraussetzung für diesen Antrag sei ein Hauptantrag, der am 28.08.2017 gestellt worden sei.

Herr Sporleder schlägt vor, den Antrag jetzt bereits zu verlesen und abzustimmen.

Herr Restat (Linke) erklärt, dass er danach noch kurz aus der Deputation berichten könnte.

Herr Haase (SPD) verliest den Antrag (siehe Anhang).

Der Beirat stimmt einstimmig dafür.

Herr Restat (Linke) berichtet aus der Deputation. Hier wurde kein Problem gesehen. Nach dem Helgoländer Papier der staatlichen Vogelschutzbehörde seien die Abstandsflächen problematisch.

Es gäbe die Bitte nach einem zweiten Bericht.

Zu beachten sei der Abstand zu Nestern bestimmter Vögel und bestimmte Gebiete, wo bestimmte Arten wohnen. Dieses sei als europäisches Vogelschutzgebiet gemeldet. Zudem müsste das Windrad wenigstens 1.000 Meter von dem Schutzgebiet entfernt sein. Das sei nicht der Fall. Man wolle versuchen, eine öffentliche Aussage zu bekommen, dass das Helgoländer Papier egal sei.

Aus dem Publikum (Herr Martin, Verein Bultenweg) kommt der Hinweis, dass es sich bei der Straße nicht um eine Kreisstraße handele und dass daher nicht klar sei, ob Oyten über diese Straße hätte entscheiden können. Herr Cordes (Bürgermeister Oyten) sei mehrfach zur Klage aufgefordert worden, die er jederzeit hätte zurücknehmen können. Damit hätte Zeit verschafft werden können. Die Klage sei aber nicht eingereicht worden. In der Deputation habe es geheißen, das Helgoländer Papier sei nur eine Empfehlung. Es habe ein kurzer Ortstermin mit Frau Dr. Schäfer (Grüne) stattgefunden.

Herr Schlüter (OA) bitte darum, die Antwort der Deputation an das Ortsamt zu schicken. Die Frage der Erschließungsstraße sei wichtig.

TOP 5: Sachstand Nahversorgung in Tenever

Herr Schlüter (OA) berichtet, dass es zu diesem Punkt wenig Neues gäbe. Es gäbe demnächst einen Termin in Tenever, bei dem die Gewoba das Projekt noch einmal vorstellen und erklären wolle, wie es nun weitergehen solle. Die Gutachten würden jedoch noch fehlen.

Aus dem Publikum kommt die Frage, inwiefern die Sparkasse an der Walliser Straße weiterbestehen würde. Ob es zutreffend sei, dass die Sparkasse das Gebäude noch bis 2019 mieten würde? Herr Schlüter (OA) erklärt, dass dieses wohl der Fall sei. Die Sparkasse sei nicht verpflichtet, Automaten vorzuhalten. Aus dem Publikum kommt der Hinweis, dass der Beirat bitte die Sparkasse ansprechen möge, ob die Unterschriftenliste weitergeleitet worden sei. Dieses soll geprüft werden.

Aus dem Publikum kommt die Frage, ob es richtig verstanden wurde, dass Filialen unter 800 m² frei seien. Es wird erklärt, dass es etwas anders sei. Bei Filialen unter 800 m² habe lediglich keine Rückkoppelung mit den Umlandgemeinden zu erfolgen.

TOP 6: Anträge; u.a.

a) Seniorenbegegnungsstätten

Herr Haase (SPD) berichtet von einem Workshop zu diesem Thema. Herr Dillmann (Grüne) fragt nach Ideen, um verschiedene Bevölkerungsgruppen in der Sudwalder Straße unterzubringen, zB auch Jugendliche. Herr Restat (Linke) berichtet, dass beim Workshop zwar gute Ideen besprochen worden seien, dass bisher jedoch nur 8 Mitarbeiterstunden finanziert seien und dass man daher keine Wunder erwarten dürfe. Er schlägt vor, in der Formulierung des Antrages den Passus „mindestens 1%“ zu streichen.

Herr Last (Linke) fragt nach, ob es sich um 3% jährlich handeln solle. Herr Haase (SPD) bejaht dieses.

Es wird über den Antrag abgestimmt. Der Beirat stimmt unter der Voraussetzung der veränderten Formulierung einstimmig dafür.

Herr Haase (SPD) erklärt, dass er mit Frau Kodre (Soziales) über einen eventuellen schrittweisen Umbau zu einem Familienzentrum gesprochen habe. Frau Kodre habe befürchtet, dass dieses nicht angenommen werden würde. Aus dem Publikum kommt der Hinweis, dass es viel Zuzug geben habe bzw. erwartet werde. Wenn viele Jugendliche dabei seien, sei auch eine Stelle für einen Sozialpädagogen erforderlich. Herr Schlüter (OA) erkläre, dieses sei eher nicht zu erwarten. Eine Kooperation mit anderen Trägern sei realistischer.

b) Globalmittel BORIS (Bürger Online Redaktion Im Stadtteil)

Frau Osterhorn (SPD) erklärt, dass die Gelder für die Monate Januar bis April 2017 bewilligt worden seien und dass die Gelder für die Monate Oktober bis Dezember 2017 und das gesamte Jahr 2018 beschlossen seien. Es fehlten noch die Gelder für die Monate Mai bis September 2017.

Herr Last (Linke) fragt, ob schon Zahlungen aus Tenever eingegangen seien. Herr Haase (SPD) erklärt, dass diese bereits ausgegeben seien. Frau Osterhorn (SPD) erklärt, dass die beabsichtigte Drittelung dieses Mal nicht möglich sei. Herr Tasan habe erklärt, dass von dort Gelder nicht rückwirkend bewilligt werden könnten. Daher würden aus Tenever die Monate Oktober bis Dezember 2017 und das Jahr 2018 gezahlt. Dabei handele es sich nur um Anlaufprobleme. Herr Dillmann (Grüne) erklärt, er würde zustimmen, da man so endlich Kontinuität und Langfristigkeit in das Projekt bringen können.

Herr Hohn (CDU) beantragt die Abstimmung.

Beschluss:

Für das Projekt „BORIS“ (Bürger Online Redaktion im Stadtteil) sollen für den Zeitraum Mai bis September 2017 insgesamt 1.500,00€ Globalmittel bewilligt werden.

Der Beirat stimmt einstimmig dafür.

c) Antrag „50 Jahre- Feier am Bultensee“ der CDU

Herr Barth (CDU) erklärt den Antrag zur Organisation einer Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Bultensees. Er verliest den Antrag.

Herr Hohn (CDU) erklärt, dass die CDU damit daran erinnern wolle, dass der See erst durch den Ausbau der A 27 entstanden sei.

Herr Haase (SPD) erklärt, dass die SPD auch dafür sei. Es sei eine gute Gelegenheit, den See attraktiver zu machen. Eventuell können auch Aktionen bzgl. der Windenergieanlage einbezogen werden.

Herr Dillmann (Grüne) erklärt, dass die Grünen auch dafür seien.

Es wird daher beschlossen, dass es sich um einen gemeinsamen Beiratsbeschluss handeln solle.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt. Der Beirat stimmt einstimmig dafür (Siehe Anlage).

Weitere Anträge lagen nicht vor.

TOP 7: Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Themen.

TOP 8: Mitteilungen des Orsamtes

Es gibt keine gesonderten Mitteilungen.

TOP 7. Termin/ Themenabsprache für die nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am 06.11.2017 statt.

Bremen, den 16.10.2017

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Christina Contu
(Protokollführung)